
FDP Hersfeld-Rotenburg

WINDKRAFTAUSBAU IST WIRTSCHAFTLICH NICHT SINNVOLL

04.03.2015

343 geplante Windkraftanlagen sorgen für starken Gegenwind. Auf dem Windkraft-Forum in Friedewald warnt Landratskandidat Werner David vor der massiven „Verspargelung“ unseres Landkreises und plädiert für eine gesetzliche „H10-Regelung“, um die Anwohner zu schützen und den weiteren Ausbau zu begrenzen.

Zahlreiche Mitglieder mehrerer Bürgerinitiativen in Hersfeld-Rotenburg folgten der Einladung von Landratskandidat Werner David zum Windkraft-Forum in Friedewald. Zu Beginn der Veranstaltung gab der Umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Rene Rock, zunächst einen Überblick über den gegenwärtigen Ist-Zustand:

Ist-Zustand

„24.000 Windräder existieren in Hessen, aber nur wenige drehen sich. 35,5 GW Windleistung sind installiert, aber im Durchschnitt werden nur 3,4 GW Leistung erbracht.“, stellt Rene Rock fest. „Wenn der Wind weht, wird auf der einen Seite zu viel Strom fürs Netz produziert und muss dann kostenlos ans Ausland abgegeben werden. Bei einer Windflaute hingegen steht alles still und teure Stromimporte aus dem Ausland sind dann wiederum für die Versorgung notwendig.“, sagt Rene Rock außerdem.

„Konventionelle Kraftwerke können nicht abgeschaltet werden, haben allerdings zu wenige Betriebsstunden und sind somit unwirtschaftlich. Dies führt zu dem Schluss, dass zusätzliche Windräder keine Grundlast-Kraftwerke ersetzen können.“, sagt Werner David.

Mögliche Lösungen

Als mögliche Lösungen wären geeignete Speicher für die erneuerbaren Energien. Dazu gehören z. B. „Power-to Gas-Anlagen“, wie sie bereits am Eichhof in Bad Hersfeld

erforscht werden. Diese Anlagen sind jedoch noch nicht fertig entwickelt bzw. am Markt verfügbar. Ohne Speicher macht der massive Ausbau derzeit jedoch keinen Sinn, so Werner David.

Subventionen

Die bisherigen Subventionen für erneuerbare Energien betragen 150 Mrd. Euro. Davon sind alleine in 2014 ca. 25 Mrd. Euro zu verzeichnen, Tendenz steigend. Die Stromkosten hingegen laufen davon. Zurzeit sind es 28 – 30 Cent pro kWh. „Ein Ende ist nicht in Sicht, da die EEG-Umlage (z.Zt. 6,1 Cent pro kWh), aufgrund der zunehmenden Windkraftinstallationen stark steigen wird.“, rechnet Rene Rock vor.

Wirtschaft/Wettbewerbsfähigkeit

Deutschland ist teuerster Energiestandort und hat die zweithöchsten Strompreise bzw. Abgabenlast für Haushalte und Industrie in Europa. Für Industriebetriebe bedeutet dies:

Deutschland 10,19 Cent / kWh, Niederland 3,76 Cent / kWh, Frankreich 3,74 Cent / kWh, Polen 2,62 Cent / kWh, Großbritannien 2,61 Cent / kWh

Wer bezahlt dies?

70 % der Kosten werden durch das Gewerbe und die Industrie bezahlt. Dies wirkt als „Jobkiller“ und führt zu Wettbewerbsverzerrungen und Standortverlagerungen (z. B. „Fa. B.Braun“, Melsungen). 30 % der Kosten zahlen die privaten Haushalte, zu denen auch die sozial schwächer gestellten Bürger gehören. Jährlich werden somit 25 Mrd. Euro umverteilt und nach dem EEG für 20 Jahre festgeschrieben.

Im Vergleich: „Der Etat des Bundeshaushalts für Bildung und Forschung beträgt insgesamt 13,7 Mrd. Euro“, ergänzt Werner David.

Verbessert das EEG den Klimaschutz?

Die Expertenkommission der Bundesregierung ist der Auffassung, dass das EEG den Klimaschutz nicht verbessert. (Quelle EFI Gutachten 2014 S. 51ff, Umweltbundesamt (10.3.2014) und Bericht des Weltklimarates der UN (IPCC vom 18.4.2014). „Das EEG fördert unwirtschaftliche Technologien zur CO₂-Vermeidung“, so die Züricher Zeitung vom 2.12.2014.

„Das EEG hat die Energiemärkte durch die hohen Subventionen komplett durcheinander

gewirbelt“, meint Werner David.

Was ist mit dem Schutz der Bürger?

„Durch den drastischen Anstieg der Nennleistungen von 30 KW (1980) zu 7500 KW (2010) haben sich auch die Größen der Windräder stark verändert, d.h. heute werden Windräder von ca. 200 Metern Höhe errichtet mit Nabenhöhen von über 135 Metern. In 1980 waren die Nabenhöhen noch unterhalb von 30 Metern.“, erläutert Rene Rock.

Das Planungsrecht kommt diesem Sachverhalt allerdings nicht nach. Deshalb fordert Werner David eine sog. „H-10 Regelung“. Das bedeutet, der Abstand zur nächsten Bebauung muss mindestens das 10-fache der Höhe des Windrades betragen (z. B. 200 Meter Höhe, bedeutet 2 km Mindestabstand). „Wir müssen auch unsere Bürger und Anwohner schützen“, sagt Werner David.

Neue Einnahmequelle für Gemeinden ?

Auch der Wink mit den zusätzlichen Einnahmen für die Gemeinde zieht nicht, denn von den erhofften Steuern werden nur ca. 15 % bei der Gemeinde bleiben und bei Verlusten kommt sogar überhaupt nichts.

343 Windräder in Hersfeld-Rotenburg?

Laut des „Hessischem Energiegipfels“ von 2011 sollen 28 TWh/a Windstrom auf 2% der Landesfläche verbaut werden. Dies bedeutet 4670 Windräder in Hessen mit einer installierten Leistung von 14.000 MW (z.B. Kraftwerk Staudinger/Hanau 510 MW).

Die aktuelle Windkraftleistung in Hessen beträgt 977 MW, d.h. die vierzehnfache Windkraftleistung ist notwendig. Bei 4670 Windrädern auf 420 km² Vorrangfläche (2%-Regelung) bedeutet dies 11 Windkraftträder je km². Für unseren Landkreis Hersfeld-Rotenburg mit 31,2 km² Vorrangfläche (3122 Hektar) sind dies 343 Windkraftanlagen.

Forderungen von Landratskandidat Werner David

Daher stellt Landratskandidat Werner David abschließend 7 konkrete Forderungen auf:

1. Den Stopp des massiven Windkraftausbaus in Hersfeld– Rotenburg („343 Windkraftanlagen sind Wahnsinn“, so Werner David).

2. Eine Abstandsgrenze nach der „H-10 Regelung“, um auch die Menschen zu schützen.
3. Bürgerentscheide zu respektieren, Bürgerproteste ernst zu nehmen.
4. Umwelt und Naturschutz restriktiv zu berücksichtigen.
5. Landschaftsbilder, Biosphärenreservat usw. zu erhalten.
6. Die Abschaffung des EEG – mehr Markt- statt Planwirtschaft.
7. Neue Speichertechnologien (z. B. „Power-to-Gas“) stärker fördern.